

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 06/2023 vom 06. Juli 2023, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Manfred Locher
Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener (bis 20.48 Uhr), Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Thomas Rosenberg, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Stude-
rus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Simon Werren

Gemeinderat

Stadtratspräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib

Sekretariat

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Protokollantin Nicole Bühler

Entschuldigt

Stadträte Roman Gugger und Matthias Zellweger

Schluss der Sitzung

20:52 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

67. Reglement über das Jugendparlament (RJP; SSG 142.1)

Neuer Erlass. Genehmigung; Bericht des Gemeinderates 16/2023

Der Stadtratspräsident erläutert das Vorgehen für die Behandlung dieses Geschäftes: Zuerst folgt die Eintretensdebatte, in welcher er zuerst dem Gemeinderat und dem SAKO-Sprecher das Wort erteilt, dann den Fraktionen und Einzelsprechenden und am Schluss wieder dem Gemeinderat. Anschliessend erfolgt die Detailberatung, in welcher jeder Artikel einzeln besprochen wird. Ganz am Schluss erfolgt dann der Stadtratsbeschluss über das ganze geänderte Reglement.

Der Stadtpräsident hält fest, dass die vorliegende Vorlage ein Beleg dafür ist, dass unsere demokratischen Rechte funktionieren und dafür, dass die Jugendlichen, sofern sie sich dafür engagieren, auch in der Politik etwas bewirken können. Angefangen hat alles mit einem Jugendvorstoss, den vierzig Jugendliche eingereicht haben. Anschliessend haben der Gemeinderat und schliesslich auch der Stadtrat das Begehren gutgeheissen, insbesondere weil die Einführung eines Jugendparlaments durch eine Initiative der Jugendlichen selbst erfolgt ist. Zusammen mit engagierten Jugendlichen und unter der Leitung der Stadtkanzlei, haben sie zusammen mit dem Stadtschreiber, der Verwaltung und dem Dachverband des Jugendparlaments eine Vorlage ausgearbeitet, über welche der Stadtrat heute befindet. Die Maxime des Gemeinderates war es, so weit wie möglich, das umzusetzen, was die Jugendlichen wollen. Was der Gemeinderat nicht wollte, waren gut gemeinte Ideen aus der Vernehmlassung. Sie wollten es den Jugendlichen überlassen, zu bestimmen, für was und wie sie sich einsetzen möchten. Ziel ist es, einen offenen Rahmen zu bilden und nicht von der Politik her den Jugendlichen vorzuschreiben, sich für bestimmte Anliegen einzusetzen. Er glaubt, dass jetzt eine gute Vorlage vorliegt, in welcher ein Konsens erarbeitet werden konnte. Es gibt noch zwei Anträge, auf die im Einzelnen detailliert einzugehen ist. Beim ersten Antrag war es für den Gemeinderat wichtig, die Meinung der Jugendlichen abzuholen. Anders ist es beim zweiten Antrag. Dort ist der Gemeinderat der Auffassung, den Antrag nicht anzunehmen, weil er der Meinung ist, dass die dadurch geschaffenen gröbere Inkonsistenzen dem System schaden würden. Insgesamt lädt er den Rat ein, die Vorlage anzunehmen und er ist erfreut über die vielen anwesenden Jugendlichen und betont, dass er sich wünscht, dass das nicht das Ende, sondern der Anfang von einem noch grösseren Engagement ist.

Baumann Jonas, **SAKO P+Ste**, hält fest, dass die SAKO insgesamt erfreut war über das Reglement und zwar aus zwei Gründen: weil das Reglement einfach gehalten wurde und weil die Hürden bewusst tief gehalten wurden. Einzig die Mindestanzahl der Mitglieder finden sie stossend. Dass keine Mitgliederbeiträge eingezogen werden, führt dazu, dass die Mitglieder auch weiterziehen und die Welt erkunden. Das hat zur Folge, dass sie immer noch in der Mitgliederpartei sind und diese entsprechend gut bearbeitet werden müsste und das sei nicht das Ziel der Politik. Aus diesem Grund kam die SAKO zu der Überzeugung, dass die 20%-Hürde nicht sinnvoll ist, weil über die Jahre 20% der Mitglieder eine grosse Anzahl darstellen könnte. So wurde die Diskussion geführt und sie kamen zum Schluss, dass eine absolute Zahl von mindestens 10 Personen, die an einer Hauptversammlung anwesend sein müssen, sinnvoller wäre. Sofern die Jugendlichen diesem Vorschlag zustimmen, würde die SAKO diesen Antrag vorbringen. Nach erfolgter Zustimmung der Jugendlichen und dem Gemeinderat haben sie sich entschlossen, den Änderungsantrag zu stellen.

Krenger Nicole, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, sagt, dass die Fraktion einstimmig eintreten wird. Inhaltlich ist das eine gute Sache und sie freut sich auf die kommende Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament im Austausch mit dem Stadtrat. Dem Antrag von der SAKO P+StE werden sie auch zustimmen. Es scheint schlüssig, gerade auch mit dem Hinweis auf den Zu- und Wegzug der Mitglieder und dass die Kartei der

Mitglieder nicht immer aktuell sein wird, dass eine absolute Zahl anstelle eines Prozentsatzes eingesetzt wird. Zum Antrag in der Tischauflage hält sie fest, dass es heute bereits die Möglichkeit des Jugendvorstosses gibt. Vierzig Jugendliche, die unter 18 Jahre alt sind und in der Stadt Thun ihren Wohnsitz haben, haben die Möglichkeit, einen Vorstoss einzureichen. Bereits in der Vernehmlassung wurde ein zusätzlicher Jugendvorstoss gefordert für das Jugendparlament. Sie hat mit den Jugendlichen diesbezüglich Rücksprache genommen und stellte fest, dass das Bedürfnis immer noch besteht. Es geht um einen zusätzlichen Jugendvorstoss, den das Jugendparlament in den Stadtrat einbringen kann. Ein solcher kann vom Plenum des Jugendparlaments verabschiedet werden und wird dann gleich behandelt wie der bisherige Jugendvorstoss. Die Hauptüberlegung dahinter ist, dass die Personen im Jugendparlament nicht dieselben sein müssen, die einen Vorstoss einreichen. Der heutige Jugendvorstoss kann nur von Jugendlichen unter 18 Jahren unterstützt werden. Die über 18 Jahre alten Jugendlichen haben keine Möglichkeit mehr, einen solchen Vorstoss zu unterstützen. Wieso dies so ist, konnte ihr bisher niemand schlüssig erklären. Das ist eine Inkonsistenz, die nicht schlüssig ist. Aus diesem Grund stellen sie den Antrag, dass alle Mitglieder des Jugendparlaments die Möglichkeit haben sollen, einen Jugendvorstoss einzureichen bzw. zu unterstützen. Der Grund für die Ablehnung des Antrages seitens des Gemeinderates, nämlich, dass dadurch Jugendliche, die nicht in Thun wohnhaft sind, in Thun einen Jugendvorstoss einreichen können, findet sie nicht verkehrt. Sie betont aber, dass die Stadt Thun für die Region eine gewisse Zentrumsfunktion wahrnimmt und dadurch auch Anliegen von Jugendlichen aus angrenzenden Gemeinden wichtig sein können. Der Stadtpräsident habe erwähnt, dass es hier um die Schaffung eines offenen Rahmens geht. Mit dem zusätzlichen Jugendvorstoss möchten sie den Jugendlichen ein weiteres Instrument geben, sich zu engagieren. Immerhin muss der zusätzliche Vorstoss vom Plenum zuerst verabschiedet werden, bevor er eingereicht werden kann. Zum Schluss hält sie fest, dass diese Änderung nicht zu einer Verzögerung dieses Geschäfts führen wird.

Der Stadtratspräsident fasst zusammen, dass aus keinem Votum hervorgegangen ist, dass das Eintreten bestritten wird.

Es folgt die Detailberatung.

Der Stadtratspräsident hält fest, dass es bezüglich Artikel 1 bis Artikel 5 keine Anträge auf Änderungen gibt.

Baumann Jonas, **SAKO P+StE**, verweist bei Artikel 6 auf den vorliegenden Antrag (Tischauflage).

Der Stadtpräsident stellt klar, dass der Gemeinderat seinen Antrag, nach entsprechender Rücksprache mit den Jugendlichen, bereits entsprechend angepasst und den ursprünglichen Antrag zurückgezogen hat. Neu gilt somit der Änderungsantrag der SAKO P+StE.

Fritschi Marc (PARTEILOS) wiederholt, dass durch diesen Änderungsantrag neu lediglich zehn Jugendliche zusammen bereits einen Vorstoss beschliessen und beim Stadtrat einreichen können. Die Begründung, dass es evtl. nicht mehr als zehn bzw. nicht wie eigentlich vorgesehen 40 interessierte Jugendliche geben könnte, die sich engagieren möchten, fragt er sich, ob es ein solches Jugendparlament überhaupt braucht. Richtig fände er, wenn es 20 Prozent der Vereinsmitglieder braucht, um einen solchen Vorstoss einzureichen – unabhängig davon, ob der Verein 20 oder 2'000 Mitglieder haben wird. Er findet die Anzahl von zehn Mitgliedern eine sehr tiefe Hürde. Ist nicht ein Prozentsatz gewünscht, möchte er beliebt machen, die Anzahl zu erhöhen auf beispielsweise 40 Mitglieder. Wenn bei der Jugend ein Bedürfnis da ist, sollte diese Hürde erreicht werden können. Dadurch hätte man auch die kongruente Regelung wie mit dem bereits bestehenden Jugendvorstoss. Aus diesen Gründen stellt er den Antrag, die Mindestzahl auf 40 Mitglieder zu erhöhen.

Der Stadtpräsident ordnet die Aussage von Stadtrat Marc Fritschi ein und stellt klar, dass es in Artikel 6 darum geht, wann der Verein beschlussfähig ist, nämlich wenn mindestens zehn Vereinsmitglieder an-

wesend sind. Dieses Quorum einer Mindestanzahl überzeugt, weil keine Mitgliederbeiträge erhoben werden und sich dadurch die Mitgliederkartei stetig aufsummiert und mit der Zeit auch Jugendliche enthält, die nicht mehr da sind. Diese Änderung bezüglich der Beschlussfähigkeit findet der Gemeinderat gut. Es geht hier aber nicht um die Möglichkeit, einen Jugendvorstoss nur mit zehn Stimmen einzureichen. Dies folgt erst aus Artikel 9 bzw. dessen Änderungsantrag, den der Gemeinderat ablehnt.

Der Rat hat dem Antrag des Gemeinderates auf Änderung des Artikels 6 gemäss Vorschlag der SAKO P+StE mit 37 : 1 zugestimmt.

Der Rat hat den Antrag von Marc Fritschi auf Änderung des Artikels 6 mit 37 : 1 abgelehnt.

Der Stadtratspräsident hält fest, dass es bezüglich Artikel 7 und Artikel 8 keine Anträge auf Änderungen gibt.

Der Stadtpräsident erläutert die Haltung des Gemeinderates, warum er den Antrag auf die Einführung eines zusätzlichen Jugendvorstosses ablehnt. Eines der wichtigsten Argumente ist, dass dies in den Vorbesprechungen von den Jugendlichen selber nicht vorgeschlagen wurde. Einzelne Jugendliche haben selber gesagt, es sei nicht erforderlich, da die Voraussetzung von 40 Unterschriften keine grosse Hürde darstellt. Der bisherige Jugendvorstoss funktioniert und ein zusätzliches Instrument ist nicht nötig. Ausserdem würde es eine Inkonsistenz mit sich ziehen. Plötzlich könnten zehn Vereinsmitglieder, die gar nicht in Thun ansässig sind, im Thuner Stadtrat einen Vorstoss einreichen. Das ist aus Sicht des Gemeinderates nicht richtig und es gilt, die beiden Sachen nicht zu vermischen. Ausserdem entspricht das auch nicht dem Willen des vorberatenden Gremiums, in welchem sich die Jugendlichen geäussert haben. Durch einen zweiten Jugendvorstoss würde das Ganze nur komplizierter, weil an sich verschiedene Instrumente vermischt würden. Aus diesem Grund schlägt er vor, den Antrag abzulehnen.

Hiltpold Thomas, **Fraktion Grüne**, betont, dass der Antrag die Fraktion relativ spät erreicht hat und sie das in der Fraktion deshalb nicht ausführlich diskutieren konnten. Er persönlich hat wenig Sympathie für diesen Vorstoss, weil alles etwas zu schnell geht. Im selben Atemzug wird auch gleich das Geschäftsreglement abgeändert. In dieser Form konnte das Reglement gar nie diskutiert werden. Er ist sich ein anderes Gesetzgebungsverfahren für die Abänderung von Reglementen gewohnt. Für ihn wurde die Frage berechtigterweise aufgeworfen, ob die Mindestanzahl von zehn Unterschriften tatsächlich ausreicht oder ob allenfalls auch da 40 Stimmen erforderlich sein sollten. Den vorliegenden Antrag findet er nicht konsequent und widersprüchlich und lehnt ihn deshalb ab. Er möchte dem Jugendparlament die Möglichkeit geben, von Anfang an zu funktionieren. Und wäre es ein echtes Bedürfnis, kann das Reglement immer noch später abgeändert werden. Er findet es nicht angebracht, den Jugendlichen vorzuschreiben, was sie dann machen müssen.

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, wiederholt, dass es 40 Jugendliche unter 18 Jahren braucht, um einen Jugendvorstoss einzureichen und dass es 1'600 Erwachsene braucht, um eine Initiative zu machen. Nun sollen zehn Leute zwischen 18 und 23 Jahren privilegiert sein und auch einen Jugendvorstoss einreichen können. Er sieht das als krasse Rechtswidrigkeit, Ungleichbehandlung und als beschwerdefähig. Daher wird er den Vorstoss ablehnen.

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, gibt die Haltung der Fraktion wieder und sagt, dass die Fraktion den Änderungsantrag aus den genannten Gründen annimmt.

Allemann Martin, **SP-Fraktion**, stellt die Frage, was nun bezüglich der Mindestanzahl in Artikel 9 des Geschäftsreglements gilt. Braucht es nun zehn oder 40 Stimmen?

Der Stadtpräsident erklärt, dass der Antrag von Stadträtin Nicole Krenger eingereicht wurde. Dieser darf zwar so gestellt werden. Er konnte aber nicht vorbesprochen werden und war auch nicht in der Ver-

nehmlassung. Wird nun festgehalten, dass durch diesen Änderungsantrag eine Inkonsistenz entsteht, was er auch so sieht, schlägt er vor, diesen Antrag abzulehnen, wie das der Gemeinderat empfiehlt.

Schlapbach Claude, **Fraktion FDP/Die Mitte**, sagt, dass die Fraktion den Antrag auch ablehnt. Das Jugendparlament soll nicht vor dem Start bereits wieder erstickt werden. Den Jugendlichen soll vorerst mal die Chance gegeben werden, anzufangen.

Krenger Nicole, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, verzichtet darauf, zu den einzelnen Voten Stellung zu nehmen. Bezüglich Inkonsistenz betont sie aber nochmals, dass sie immer noch nicht verstanden hat, wie ein Mitglied aus dem Jugendparlament, das älter ist als 18 Jahren nicht mehr die Möglichkeit hat, einen Jugendvorstoss einzureichen oder zu unterstützen. Sie könnte auch damit leben, wenn es anstatt zehn, 40 Jugendliche aus dem Jugendparlament braucht, um einen Vorstoss einzureichen, anlog des bereits bestehenden Jugendvorstosses.

Der Rat lehnt den eingeschobenen Artikel 9, der durch Stadträtin Nicole Krenger eingereicht wurde, mit 21 : 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Der Artikel 9 bleibt, wie er vorgelegt wurde und somit ohne Einschub.

Der Stadtratspräsident hält fest, dass es bezüglich Artikel 10 bis Artikel 24 keine Anträge auf Änderungen gibt.

Fritschi Marc (PARTEILOS) schlägt vor, in einem Artikel 25 zu regeln, was gilt, wenn dieses "Jugendparlament" nicht gegründet wird oder nicht beschlussfähig ist. Führen wir das Reglement trotzdem weiter? Die Konsequenzen der Auflösung des Vereins sollte in einem weiteren Artikel 26 geregelt werden.

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, zitiert Artikel 3 Absatz 3 des Reglements: «Das JuPa ist ein Verein im Sinne von Artikel 60 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907 (ZGB).» und hält fest, dass die Anmerkung von Stadtrat Marc Fritschi damit erledigt sei.

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, fragt sich weiterhin, was mit dem Jugendparlament passiert, wenn dieser Verein aufgelöst wird.

Der Stadtpräsident beantwortet die Frage von Stadtrat Marc Fritschi aus dem Stegreif mit ja. Grundsätzlich gilt das Reglement weiter, auch wenn der Verein nicht mehr besteht. Allerdings gibt es dann niemanden mehr, der diesen Rahmen, der hier geschaffen wird, ausfüllen wird. Der Verein hat auch Statuten, die noch gemacht werden müssen und die die Konsequenzen der Vereinsauflösung enthalten können. Das Reglement kann aber keinen Verein auflösen oder diesbezügliche Konsequenzen regeln. Gibt es den Verein nicht mehr, gäbe es lediglich diese Aktivitäten, die im Reglement beschrieben werden, nicht mehr. Dies wäre seiner Meinung nach die logische Konsequenz. Zudem möchte er im Moment nicht über die Auflösung sprechen, sondern diese Gelegenheit nutzen, um sich bei allen, die sich im Vorfeld engagiert haben, zu bedanken. Zudem betont er, dass der Gemeinderat nun aber auch angewiesen ist auf die Mithilfe und das Engagement der Jugendlichen. Das Jugendparlament wird die Unterstützung des Gemeinderates und insbesondere der Fachstelle Familie haben, der Gemeinderat kann das Jugendparlament aber nicht selber mit Leben füllen, das sei die Aufgabe der Jugendlichen selbst. Er ist überzeugt, dass das der Anfang einer tollen Geschichte ist, und bedankt sich für das bisherige Engagement.

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, verzichtet auf das Stellen eines Antrags.

Der Rat genehmigt mit 37 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 16. Juni 2023

beschliesst:

1. Genehmigung des Reglements über das Jugendparlament (RJP; SSG 142.1).
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Kropf Alice (SP) gibt eine persönliche Erklärung ab und war überrumpelt, als nach der Eintretensdebatte nicht nach allgemeinen Voten gefragt wurde und man direkt in die Detailbehandlung gegangen ist. Dieses Vorgehen kritisiert sie hiermit.

68. Café Bar Mokka

Bewilligung eines Verpflichtungskredits für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 188'000 Franken inkl. MWST für die Jahre 2024 bis 2027

Bericht des Gemeinderates 17/2023

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch begrüsst alle Anwesenden und hält fest, dass Jugend, Sport und Kultur Thun bewegen. Dies zeigt auch die Anwesenheit von so vielen Menschen an der heutigen Sitzung. Viele der Anwesenden sind da wegen dem neuen Jugendparlament, das nun neu zu der Stadt Thun gehört, was sie sehr freut, oder vielleicht auch wegen dem Jugendlokal Mokka. Das Mokka bewegt alle Gemüter. Die Politik ist hier nicht nur abstrakt, sondern beeinflusst das Leben und den Alltag der Menschen. Der Stadtrat wird aufgerufen, heute Stellung zu nehmen. Konkret geht es um Geld und zwar um einen Verpflichtungskredit in Höhe von 188'000 Franken, der das Mokka jährlich zugesprochen bekommt für den Betrieb, wie wir ihn heute kennen und schätzen. Die Details können im Leistungsvertrag nachgelesen werden. Insbesondere der Anhang auf Seite 6 zeigt genau auf, welche Mindestleistungen das Mokka erbringen muss, um die finanzielle Unterstützung der Stadt zu erhalten. Controlling-Gespräche zwischen der Stadt Thun und dem Mokka finden regelmässig statt und jedes Jahr wird genau überprüft, ob die genannten Leistungen erbracht wurden, beispielsweise, ob die 100 Konzerte stattgefunden haben oder ob der Kostendeckungsgrad von 75 Prozent erreicht worden ist. Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat, den Verpflichtungskredit zu genehmigen. Das Mokka ist ein Kulturlokal mit langer Tradition. Es trägt seit 40 Jahren zur Vielfalt und Attraktivität unserer Stadt bei. Es ist mehr als nur ein Kulturlokal, es ist ein Lokal mit Kultstatus und grosser Ausstrahlung. Dies hat sie beispielsweise letzte Woche an der Konferenz des Schweizerischen Städteverbandes wieder gespürt, als sich alle Kulturbeauftragten getroffen haben und sie speziell auf das Mokka, das zu Thun gehöre, angesprochen wurde. Vor allem für die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen ist das offene Haus an der Allmendstrasse ein wichtiger Begegnungsort. Dazu ist die Ausrichtung des Angebots auf die Jungen einzigartig in Thun, beispielsweise mit der Disco, mit Workshops und der Konzertreihe «Smalltown sounds», wo junge Bands die Gelegenheit für erste Auftritte bekommen. Dazu kommen Familienkonzerte, die ein Programm für verschiedene Generationen anbieten. Wie wichtig solche Orte sind, zeigt ein Blick auf die aktuellen Ereignisse in Frankreich. Allgemein bekannt ist, dass auch in der Schweiz seit der Corona-Pandemie immer mehr Menschen psychische Probleme haben und Orte für den sozialen Austausch auch deswegen extrem wichtig sind. Das Mokka ist ein einzigartiger Kulturbetrieb. Ein Betrieb mit 32 Mitarbeitenden und elf Vollzeitstellen. Es ist ein Alleinstellungsmerkmal von Thun mit regionaler und nationaler Ausstrahlung. Die Rede ist immer von einer Marke oder einem Gewinn für die Stadt Thun bzw. ein Kind der Stadt Thun. Es gehört wie das Schloss oder der Fulehung zu unserer Stadt. Das vielfältige Angebot vom Mokka leistet einen wesentlichen Beitrag zu einem attraktiven Kultur- und Freizeitangebot unserer Stadt. Das abwechslungsreiche Programm und das Kulturlokal sind eine Bereicherung und ein sicherer Wert im Thuner Kulturkalender und zwar als Ganzjahresbetrieb. Der Gemeinderat hat an der letzten Stadtratssit-

zung mit den Legislaturzielen festgelegt, wie er sich die Entwicklung der Stadt Thun wünscht. Thun soll eine Stadt mit vielen Möglichkeiten sein und über eine hohe Lebensqualität verfügen. Mit dem vorliegenden Geschäft werden die vorliegenden Legislaturziele Nr. 6 «Thun hat sich als attraktiver Lebensort für junge Menschen und Familien weiterentwickelt», Nr. 2 «Thun als Stadt am Wasser hat seine vielfältige Kultur-, Sport- und Freizeitangebote gezielt ausgebaut.», Nr. 4 «Der Dialog mit der Bevölkerung und das Miteinander aller Generationen sind gestärkt.», Nr. 5 «Die Innenstadt und die Quartiere sind als Lebens- und Begegnungsraum für alle gestärkt und aufgewertet» explizit verfolgt. Aus Sicht des Gemeinderates ist das Mokka ein Paradebeispiel, das eindeutig und klar zu unserer Zielerreichung beiträgt. Die Einschätzungen des Gemeinderates wurden im Stadtratsbericht unter Kapitel 2 und 3 klar dargelegt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der jährliche Beitrag von 188'000 Franken zur Unterstützung des Mokka erforderlich und angemessen ist. Seit vielen Jahren mit wechselvoller Geschichte bleibt der Beitrag der öffentlichen Hand gleich, dies trotz der grossen Herausforderungen der vergangenen Jahre mit dem Tod von Pädü Anliker und dem Übergang in neue Strukturen oder auch aufgrund der Coronapandemie und der damit zusammenhängenden Preissteigerung, dem Ukrainekrieg und der Energiekrise. Ein Betrag von 40'000 Franken ist von der Kinder- und Jugendarbeit für spezifische Angebote vorgesehen. Dieser Beitrag wird vom Kanton über den Lastenausgleich abgerechnet und es bleiben 20 Prozent, ausmachend 8'000 Franken, bei der Stadt Thun. Dies scheint unbestritten. Es steht im Raum, dass der Gemeinderat die Voten der Mokka-Debatte im Jahr 2019 nicht ernst genommen und die Forderungen nicht umgesetzt hätte. Fakt ist, dass damals keine Beschlüsse gefasst wurden und der Gemeinderat in allen eingereichten Vorstössen zum Thema Mokka seine Position transparent dargelegt hat. Offenbar ist es für den Stadtrat schwer oder nicht nachvollziehbar und nicht sichtbar, wieso die Vertragsverhandlungen in mehreren Runden stattgefunden haben. Sie versichert, dass die Grundlagen, wie die Rechnung und der Finanzplan, auf Herz und Nieren geprüft wurden. Auch das Leistungsangebot wurde intensiv diskutiert und im Vergleich zum aktuellen Angebot angepasst. Das Resultat aus den Verhandlungen ist für den Gemeinderat eindeutig. Das Mokka soll im selben Ausmass wie bisher finanzielle Unterstützung im Umfang von 188'000 Franken aus der Kasse der Kulturförderung erhalten – nicht mehr als bisher aber im Gegenzug für einen etwas grösseren Leistungskatalog, nach dem Prinzip «Fördern und Fordern». Als Folge dessen müssen die Verantwortlichen mehr Einnahmen generieren und Prioritäten setzen beim Angebot. Diesen Auftrag nehmen sie ernst und setzen ihn um. Für die Beurteilung muss der Gemeinderat nebst dem Fokus auf den Einzelbetrieb auch die Gesamtsicht auf die Kulturförderung der Stadt einnehmen. Ihr Vorgänger hat zur Höhe des Beitrages an das Mokka in der Debatte im Dezember 2019 gesagt: «Es ist nichts in Stein gemeisselt, vor allem in der Kultur nicht. Der städtische Beitrag könnte in der übernächsten Phase zwischen 0 und 200'000 Franken liegen.» Mit dem vorliegenden Betrag befinden wir uns in diesem Rahmen, auch wenn im oberen Bereich. Die Argumente hat sie versucht, eingehend darzulegen. Der Beitrag an das Mokka wurde im Jahr 2003 von 240'000 auf 220'000 Franken gekürzt. Dieser Betrag ist seit 2004 wirksam. Im Vorfeld hat sich noch von einem weiteren Kritikpunkt gehört, nämlich, dass der Beschluss aus der Budgetdebatte 2020 betreffend Mokka für die Kompensation respektive Einsparungen bei der Direktion nicht umgesetzt wurde. Das ist falsch. Seit 2021 hat die Direktion 41'000 Franken weniger zur Verfügung und spart diesen Betrag tatsächlich ein. Dieser Fakt, dass das Budget der BiSK nicht um diesen Betrag erhöht werden musste, kann in der Motionsantwort auf Seite 3 nachgelesen werden. Bei diesem Vertrag geht es nicht nur um die Stadt Thun, sondern auch um die andere Vertragspartei, das Mokka. Ihr grosser Dank geht an die Verantwortlichen des Vereins, die in ehrenamtlicher Tätigkeit einen verlässlichen Vertragspartner und zuverlässigen Leistungserbringer darstellen. Ein gleichgrosser Dank geht an die Geschäftsleitung des Mokka, die zusammen mit der ganzen Crew einen grossartigen Betrieb gewährleisten und sowohl für die Mitarbeitenden als auch für die Gäste einen unverzichtbaren Ort für Thun schaffen. Sie ist gespannt auf die folgende Diskussion.

Siegenthaler Nina, **SAKO BiSK**, hält fest, dass sie an der SAKO-Sitzung nochmals eingehend über die Verhandlungen zum neuen Leistungsvertrag und den Verpflichtungskredit informiert wurden. Die Verhandlungen zum neuen Leistungsvertrag haben letzten Dezember begonnen und zu mehreren Sitzungen sowie zur Prüfung des Finanzplans geführt. Die Verhandlungen haben ergeben, dass das Mokka die Unterstützung im bisherigen Umfang benötigt. Aber mit dem neuen Leistungsvertrag muss das Mokka mehr

Leistungen erbringen für denselben Betrag. Zum Beispiel ist der Sollwert pro Jahr für Angebote für die offene Kinder- und Jugendarbeit von 50 auf 80 gestiegen. Zudem wird das Mokka ab dem Jahr 2024 mit einem finanziellen Mehraufwand konfrontiert. Dies aufgrund höherer Mieten für die Technik, SUISA-Gebühren und beim Getränkeeinkauf. Mehreinnahmen werden bei den Mitgliederbeiträgen, Drittmiteln und der Gastronomie angestrebt. Der Verein unternimmt zudem grosse Anstrengungen, seine Kosten zu decken. Nach diesen Erläuterungen erfolgte in der SAKO eine Diskussion, geprägt von der Kritik, dass bei den Verhandlungen über den neuen Leistungsvertrag der Stadtrat nicht miteinbezogen wurde. Die Forderung, rechtzeitig Einfluss nehmen zu können, wurde vor vier Jahren gestellt. Ausserdem gäbe es neben dem Mokka noch andere Vereine, die die Jugendlichen in musikalischen Bereichen fördern möchten. Die finanzielle Unterstützung für diese Vereine sei gering. Ein Vertragsentwurf als Diskussionsvorlage wäre wünschenswert gewesen. Jetzt wird der vorliegende Vertrag als unverändert wahrgenommen und auf diesen kann nun nur mit «ja» oder «nein» reagiert werden. Auf die Kritik wurde wie folgt reagiert: Das Aushandeln von Verträgen liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Bindend umgesetzt werden einzig die beschlusspunkte aus dem Stadtrat. Vor vier Jahren wurde ein Rückweisungsantrag abgelehnt. Die Argumentation von vor vier Jahren habe zwar Gehör gefunden, wurde aber nicht direkt sichtbar. Zwar erscheint der Vertrag dieselben Konditionen zu haben, ist aber kostentiefere unter Berücksichtigung der Inflation und Preissteigerungen. Seit Jahren bekommt das Mokka denselben Betriebsbetrag, die Zeiten sind aber härter geworden und die Auslagen gestiegen. Die Zahlen seien im Detail geprüft worden und zeigten auf, dass eine Beitragskürzung einen Leistungsabbau zur Konsequenz haben würde. Um das Angebot aufrecht erhalten zu können, ist der Verein auf den Betrag von insgesamt 220'000 Franken angewiesen. Andere Stimmen aus der SAKO anerkennen, dass die Situation vom Mokka alles andere als einfach ist. Der Vorstand leistet grosse Arbeit und es steckt auch viel Freiwilligenarbeit im Betrieb. Diese Stimmen finden die gestiegenen Vorgaben beim Leistungsangebot als streng aber auch als gerechtfertigt. Gleichzeitig wird anerkannt, dass 40 Prozent der Einnahmen wieder in die regionale Wirtschaft zurückfliessen. Aus demselben Erfordernis wurde darauf hingewiesen, dass bereits drei Generationen im Mokka ein- und ausgehen, ein einzigartiges soziales Verhalten vorherrscht, eine Plattform für Nachwuchsförderung geboten wird und dass es sehr zu bedauern wäre, wenn dem engagierten Mokka-Team Steine in den Weg gelegt würden. Die SAKO BiSK hat sich schliesslich mit 3 : 5 Stimmen für die Ablehnung des Verpflichtungskredites ausgesprochen.

Siegenthaler Nina, **SP-Fraktion**, gibt sogleich die Haltung der Fraktion bekannt. Die Kultur spielt eine zentrale Rolle für die Stadt und ihre Entwicklung, nach Aussen für das Image und nach Innen für die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Wohnort. Das kulturelle Angebot ist prägend für die Identität, Lebensqualität und Attraktivität der Stadt. Eine aktive Kulturszene ist ein Standortvorteil für alle bezüglich des sozialen Zusammenkommens. Kulturfördermittel werden in erster Linie dort eingesetzt, wo wertvoll, qualitativ Überzeugendes nicht von selbst oder von Privaten getragen werden kann. Eines der Kulturförderinstrumente ist der Leistungsvertrag. Bewährte Institutionen und Veranstaltungen werden kontinuierlich mit solchen Verträgen unterstützt, zum Teil seit über zwanzig Jahren wiederkehrend. Es sind Institutionen, die als Fundament für die Thuner Kultur gelten und von regionaler Bedeutung sind. Das Mokka ist klar in diese Kategorie einzuordnen. Es ist Teil des Fundaments der Thuner Kulturszene und sogar von überregionaler und nationaler Bedeutung und genießt einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung. Laut einer Umfrage vom Thuner Tagblatt sind 2/3 von 638 Personen der Meinung, dass das Mokka mehr als nur ein Ausgeh-Lokal ist. In der Facebook-Gruppe «Du bist von Thun, wenn» sind von 402 Stimmabgaben 74 Prozent der Ansicht, dass das Mokka weiterhin unterstützt werden soll, wie bis anhin. Diese Umfragen sind zwar nicht repräsentativ, drücken aber trotzdem aus, was die Mehrheit der Bevölkerung will. Schliesslich hat in einer demokratischen Hierarchie das Volk die oberste Position. Das Mokka ist ein legendäres Kulturlokal und Begegnungsort für Kinder und Jugendliche, junge und ältere Erwachsene und hat sich mit einer Vielfalt von Veranstaltungen weit über Thun hinaus einen Namen gemacht. Es bietet vielen noch unbekanntem lokalen Talenten eine wichtige Plattform. Das Mokka ist ein offenes Haus, in welchem ein gegenseitiger Respekt gelebt wird. Es ist ein Club, betrieben von einem motivierten Team, das tagtäglich viel Engagement an den Tag legt und viel Freiwilligenarbeit leistet. Das Mokka ist von hoher Wichtigkeit für die Stadt Thun und seine Wertschöpfung ist nicht zu unterschätzen.

Der Verein schafft Arbeitsplätze, bietet auch Menschen mit niedrigem Einkommen Kultur an, holt nationale und internationale Künstlerinnen und Künstler nach Thun, bucht Hotels für die und arbeitet mit regionalen KMUs und Lieferantinnen und Lieferanten zusammen, usw. Der vorliegende Leistungsvertrag ist gerechtfertigt und sichert das Überleben der prominentesten Kulturinstitution in Thun. Sie ist auch sehr wichtig für das Thuner Nachtleben, das ziemlich im Argen liegt. «Das Nachtleben ist in einem miserablen Zustand. Thun befindet sich auf dem besten Weg zum Freilichtmuseum.» zitiert sie die Jungfreisinnigen, die sich vor einem Jahr entsprechend geäußert und vom Thuner Gemeinderat entsprechende Massnahmen und Zugeständnisse gefordert haben. Solche Zugeständnisse sind heute auch vom Thuner Stadtrat gefordert. Wer denkt, der Preis sei zu hoch und deshalb den Kredit ablehnt, nimmt bewusst in Kauf, dass ab dem 1. Januar 2024 kein Franken mehr ins Mokka fliesst und zieht somit einem der wichtigsten Kulturangebote den Stecker. Wo gehen die Jungen dann hin? Wie können wir ihnen erklären, dass wir das Lokal nicht vor dem Untergang retten? Sie fordert auf, den Fortbestand der etablierten und viel getragenen Institution nicht zu gefährden und dem vorliegenden Verpflichtungskredit zuzustimmen und damit dem engagierten Mokka-Team Respekt für ihre Leistung zu zeigen. So zeigen wir der Bevölkerung, dass wir ihre Bedürfnisse anerkennen. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage des Gemeinderates zu.

Kestenholz Reto, **Fraktion Grüne**, spricht für die Fraktion Grüne und liest sogleich einen Abschnitt aus dem Lehrplan 21 vor: "Das Schaffen von Kultur gehört zum Menschen. Teilhabe an Kunst und Kultur in der Musik und der musikalischen Alltagswelt ermöglicht es, sich auf musikalischer Ebene mit anderen Menschen zu binden und über die Kulturgrenzen hinaus zu kommunizieren. Musik kennt viele Formen und Stiele etc." Er möchte nicht ausschliessen, dass auch mal Kinder beispielsweise aus Kirchdorf oder Gerzensee in ein paar Jahren im Mokka auftreten werden, auch wenn es wortwörtlich naheliegender ist, dass lokale Künstler*innen aus den Thuner Musikschulen auf der Bühne stehen dürfen. Vorausgesetzt, das Mokka soll weiterhin in dem Rahmen unterstützt werden wie bisher. Der Unterstützungsbetrag ist seit mehr als zwanzig Jahren gleich und das ist aus Sicht der Fraktion mehr als berechtigt. Der Verein braucht nicht Zeit für Umstrukturierungen. Es hat ein Controlling stattgefunden und die Kontrollen wurden seriös durchgeführt. Viele Formen und Stiele sind wichtig und Geschmäcker sind verschieden, weshalb es die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Summe braucht. Der Betrieb wird heute noch effizienter und professioneller geführt, das Programm ist noch dichter und vielsichtiger geworden, mit einem besonderen Fokus auf die Jugendlichen. Es gibt Kinderkonzerte für Familien, Flohmärkte in Kombination mit musikalischen Darbietungen usw. Es wird extrem viel geboten und ausprobiert. Ideen und die Motivation des Personals sowie Freiwilligenarbeit ist vorhanden. Das Soll an Mindesteintritten wurde im neuen Vertrag sogar erhöht, was bedeutet, dass das Budget optimistisch berechnet wurde, inklusive privaten und gewerblichen Spenden. Das Lokal wird gut besucht und es wird viel daraus gemacht. Für viele Thunerinnen und Thuner ist das der wichtigste Treffpunkt mit Verlass auf Qualität und gute Gesellschaft. Vieles ist bekannt und wird mehrheitlich geschätzt und trotzdem versuchen erstaunlich viele Stadträte dort ein paar Franken zu sparen. Die Fraktion fragt sich, wieso. Gewisse Argumente finden sie schleierhaft bis falsch. Wenn jemand das Gefühl hat, andere wichtige kulturelle Projekte brauchen ebenfalls eine angemessene Unterstützung, gibt es beispielsweise die Musikkommission, bei welcher jederzeit Anträge eingereicht werden können. Etablierte Orchester und weitere Institutionen haben in ihren Leistungsverträgen verhältnismässig vergleichbare Beiträge. Wieso bei einem solchen bewährten und innovativen Betrieb, der nachgewiesenermassen darauf angewiesen ist, die Subventionen plötzlich gekürzt werden sollen, versteht er nicht. Der Bedarf ist klar und ausgewiesen. Gegen die Behauptung, dass nichts unternommen wurde, um die von einigen Stadtrat*innen bei der letzten Debatte zum Mokka geforderten Beträge zu kompensieren, verweist er auf die Ausführungen der Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch. Jüngst wurde Geld gesprochen für sportliche Grossanlässe, ein solcher steht mit dem Ironman kurz bevor. Auf der anderen Seite der zuständigen Direktion, die das Budget einteilen muss, suchen viele Leute je nach Interesse oder auch körperlichen Voraussetzungen, auch andere sinnvolle Freizeitbeschäftigungen. Das kann Kultur sein und die darf und soll vielseitig sein. Das Mokka kann unter den aktuellen Voraussetzungen auch im Sinne der Nachwuchsförderung auch weniger bekannte Bands auftreten lassen oder aber professionelle Künstlerinnen und Künstler, die komplexere Musik darbieten. Diesbezüglich sind viele Kunstschaaffende extrem dankbar. Auch wenn solche Veranstaltungen weniger Publikum

anziehen, können diese sehr erfolgreich sein. Er verweist diesbezüglich auf das Kulturleitbild. Schlussendlich betont er, dass eine allfällige Rückweisung auch ein mangelndes Vertrauen in die Kulturabteilung bedeuten würde und könnte auch als verbalen Klapp interpretiert werden für die Leute, die sehr engagiert sind und Freiwilligenarbeit leisten. Er bedankt sich herzlich beim Gemeinderat und die Fraktion wird dem Antrag folgen. Er erinnert aber noch an die grosse Verantwortung und Macht, die der Stadtrat hier hat. Es betrifft zu viele Leute, als dass mit diffusen Argumenten und Gefühlen versucht wird, das Mokka noch mehr in die Schranken zu weisen. Leitplanken sind nötig. Der neue Vertrag fordert aber viel, wie beispielsweise der ausserordentliche Selbstfinanzierungsgrad von 75%. Die Zahlen sind allgemein eindrücklich und die Fraktion wünscht dem Verein, der weiterhin sein Bestes gibt, viel Erfolg bei der Erreichung seiner ambitionierten Ziele und dankt dem Verein für die riesige Arbeit bisher. Die Fraktion hoffe, dass es im gleichen Rahmen weitergehen wird, wie bisher.

Lehmann Rickli Barbara, **Fraktion FDP/Die Mitte**, hat Mühe, Geschäfte mit einem solchen Vorgehen nickend durchzuwinken. Selbstverständlich ist es richtig, dass das Aushandeln von Verträgen in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Bei einem Geschäft, das derart brisant ist und bereits vor Jahren zu langen Diskussionen geführt hat, wäre es angezeigt gewesen, politisches Gespür zu zeigen und den Stadtrat rechtzeitig über die Vernehmlassungen oder zumindest über die Details zu informieren. Damals wurde in den Voten mehrfach gewünscht, dass in drei Jahren ein anderes Vorgehen und ein anderer Vertragsentwurf erwartet wird bzw. ein Vorgehen, dass nicht gewisse Kulturanbieter privilegiert. Nachdem nun praktisch ein identischer Vertrag vorliegt, bekommt sie nicht den Eindruck, dass diesen Bedenken und Voten Rechnung getragen wurde. Über die grosse Minderheit wurde hinweggegangen. Das Argument, diese Bedenken seien durchaus aufgenommen worden, indem das Mokka zwar gleichviel Unterstützungsbeiträge bekommt aber die Anforderungen grösser geworden sind, überzeugt nicht. Ihres Wissens gab es bei städtischen Leistungsbeiträgen noch nie einen automatischen Teuerungsausgleich. Über einen Wechsel in der Kulturabteilung und mit dem Wegfall der kantonalen Unterstützung zahlt die Stadt Thun nun mehr an das Mokka als bisher. Die Stadt sei aber nicht verpflichtet, diese Löcher zu stopfen. In keiner Weise hat die Fraktion aber die Absicht, dem Mokka den Stecker zu ziehen. Sie schätzen das Mokka als Kulturinstitution mit einem attraktiven und vielfältigen Angebot für verschiedene Altersgruppen durchaus. Das Mokka hat eine Strahlkraft weit über die Region hinaus. Gerade darum sollte es doch möglich sein, mehr Einnahmen zu generieren. Überall hört man, dass die Ticketpreise ansteigen. Vielleicht müssten die Preise somit auch im Mokka angepasst werden. Wer den Eintrittspreis tatsächlich nicht vermag, wird auch anderweitig unterstützt. Allein mit der Kulturlegi gibt es 30% Ermässigung. Vielleicht müsste bei den Konzertbesuchen die Devise gelten: nicht Quantität, sondern Qualität. Aus diesen Gründen macht die Fraktion einen Rückweisungsantrag. Der Gemeinderat wird beauftragt mit den Betreibern des Mokka einen Vertrag auszuhandeln, in welchem der jährliche Unterstützungsbetrag tiefer ausfällt. Zudem wird erwartet, dass für die kommenden Leistungsvereinbarungen 2028 zusätzliche Efforts seitens des Mokka erbracht werden.

Bieri Thomas, **SVP-Fraktion**, nimmt vorweg, dass die Fraktion nicht gegen Kultur und nicht gegen das Mokka ist. Auch Mitglieder der aktuellen Fraktion waren schon Gast im Mokka. Wie bereits erwähnt, begrüsst die Fraktion ein vielfältiges Kulturleben in der Stadt Thun und anerkennt das Mokka als Kulturbetrieb. Trotzdem bietet eine Neuverhandlung eines Vertrages die Gelegenheit, die betreffende Thematik neu zu beurteilen und zu diskutieren. Der Stadtrat übernimmt als zuständige Organ die Verantwortung gegenüber den Thuner Bürgerinnen und Bürger. Bei der Vorbereitung auf diese Thematik hat er festgestellt, dass bereits vor vier Jahren intensiv über den Mokka-Vertrag diskutiert wurde. Deshalb erstaunt es ihn und die Fraktion umso mehr, dass die zuständige Gemeinderätin nicht mit der Fraktion das Gespräch gesucht und den Puls zu diesem Geschäft gesucht hat. Klar, die Ausarbeitung von Verträgen liegt in der Kompetenz des Gemeinderates trotzdem wäre es aus Sicht der Fraktion geschickt gewesen, hier etwas Fingerspitzengefühl zu zeigen und den Stadtrat nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen. Heute kann nur noch «ja» oder «nein» zu diesem Vertrag gesagt werden. Kultur ist vielfältig in Thun. Nebst den bekannten Grossinstitutionen gibt es viele kleinere Institutionen, die keine oder nur beschränkte Unterstützung der Stadt Thun bekommen, wie beispielsweise Jodlerklubs, Trachtentanzgrup-

pen, Theatergruppen und Musikvereine. Bei den Musikvereinen ist beispielsweise die Unterstützung der Stadt Thun in den letzten Jahren um fast 70 Prozent gekürzt worden. Es ist darum ein Anliegen der Fraktion, dass nach Möglichkeit alle Kulturschaffende von der Kulturförderung profitieren können. Kultur muss per se auch nicht rentabel sein und trotzdem gilt es, sich nicht nur auf die öffentliche Hand zu fokussieren und die betreffenden Institutionen sind angehalten, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen. Zudem die Motivation, nach weiterer Unterstützung zu suchen, nicht sehr hoch ist, wenn die öffentliche Hand fast 1/5 der Kosten nebst dem Erlass der Miete übernimmt. Die Fraktion wird den Vertrag in dieser Form aus den genannten Gründen nicht annehmen und dem Rückweisungsantrag zustimmen, sollte dieser zustande kommen.

Glauser Nicolas, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, hält fest, dass es innerhalb der Fraktion verschiedene Haltungen gibt und er versucht, alle wiederzugeben. Für die einen liegt der Kredit in einem akzeptablen und sinnvollen Bereich, auch im Vergleich zu den anderen Geldbeträgen, die in der Thuner Kulturförderung gesprochen werden. Ein anderer Teil der Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen den Kredit, findet die Höhe für denselben Leistungsvertrag unglücklich, insbesondere weil vor vier Jahren für diesen Vertrag bereits Kritik angebracht wurde. Für andere ist es völlig unverständlich, dass dem Stadtrat nun ein solches Geschäft vorgelegt wird, nachdem bereits vor vier Jahren verschiedene Misstöne hörbar waren. Dieser Teil der Fraktion fühlt sich nicht ernstgenommen. Sie möchten nicht mehr Leistungen zum selben Preis, sondern generell einen kleineren Unterstützungsbetrag. Es liegt allerdings nicht in der Kompetenz des Stadtrates, diese Verträge selber auszuhandeln und trotzdem muss der Kredit schlussendlich durch den Stadtrat bewilligt werden. Wird nun kein mehrheitsfähiger Vorschlag unterbreitet, führt das zu vielen Verlierern. Allen voran trifft es nun das Mokka, das dadurch keine Planungssicherheit mehr hat. Als mögliche Optimierungsmöglichkeiten schlägt er vor, diese Leistungsverträge ein Jahr im Voraus zu thematisieren, um die Stimmung aus dem Stadtrat besser wahrzunehmen und berücksichtigen zu können. Eine bessere Variante wäre es, die Stimmungen zur Kulturförderung der Stadträte mehr in die Verhandlung einzubeziehen. Deshalb wünschen sie sich eine offene und enge Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen im Voraus, damit möglichst mehrheitsfähige Vorschläge dem Stadtrat unterbreitet werden können. Die Fraktion wird dem Rückweisungsantrag bzw. dem Verpflichtungsgeschäft vielfältig zustimmen bzw. abweisen. Zudem nimmt er vorweg, dass die Situation der Fraktion beim nächsten Traktandum etwas klarer ist und sie mehrheitlich gegen die Motion bzw. auch gegen ein Postulat sind.

Hiltbold Thomas, **Fraktion Grüne**, erklärt, dass er seit 22.5 Jahren im Stadtrat ist und durfte schon viel erleben. Hier geht es allerdings um eines der traurigsten Trauerspiele, die er in diesem Rat erlebt hat. Dies begründet er wie folgt: Der Begriff «Leuchtturm» wird im Zusammenhang mit der Stadt Thun immer wieder gebraucht, auch hier im Stadtrat. Er sieht vor allem an der Allmendstrasse einen Leuchtturm stehen, der seit Jahrzehnten dort steht und strahlt. Um diesen Leuchtturm geht es hier. Es geht um Inhalte, um ein Geschichtsverständnis und das Fortschreiben der Geschichte, die Jahrzehnte lang gewachsen ist und zahlreiche Thunerinnen und Thuner und auch Externe begleitet hat. Es geht nicht nur um Franken. Er hat nicht einmal herausgespürt, um wieviel Geld es genau geht bzw. wieviel denn der neue Betrag sein soll, sollte dem Rückweisung gefolgt werden. Wenn bemängelt wird, dass die Meinung der Gegner nicht abgeholt wird, sollen sie jetzt sagen, mit welchem Betrag sie denn einverstanden wären. Zudem findet er die Kritik bezüglich der Qualität der Konzerte haltlos. Er habe noch nie eine Kritik bezüglich der Qualität der Konzerte im Thuner Tagblatt gelesen. Das Ganze hat bereits eine Geschichte. Er stellt fest, dass das Mokka trotz dem überwältigenden Erfolg leider immer wieder in Frage gestellt wird. Das hat er nun seit über 20 Jahren in diesem Rat erlebt. Das Mokka ist aber widerstandsfähig, was ihn zuversichtlich stimmt. Im Jahr 2019 wurden die ersten kritischen Stimmen im Zusammenhang mit der Höhe dieses Förderbeitrages hörbar. Dannzumal war ein SVP-Gemeinderat für das Geschäft zuständig. Er hätte das Thema stärker aufgreifen können, insbesondere weil er der Gruppierung der Gegner dannzumal sehr nahestand. In den folgenden Jahren ist wahrscheinlich nicht viel diesbezüglich passiert. Seit 2021 wurde Mokka-intern ein Betrag von 43'000.00 Franken kompensiert, die Organisation des Mokkas ist neu und wahrscheinlich besser aufgestellt. Das Mokka hat seine Hausaufgaben gemacht, die Politik wahrscheinlich zu wenig. Das Jahr 2022 wurde mit einem historisch guten Rechnungsergebnis abge-

schlossen. Es war so gut, dass mit einer grossen Mehrheit ein Bruttokredit von 3.7 Mio. Franken für die Euro gesprochen werden konnte. Ausserdem wird heute noch über eine Steuersenkung diskutiert, die von der Seite lanciert wurde, die hier gegen den Kredit stimmt. Bei dieser Kürzung geht es um Millionen-Beträge. Andererseits wird hier bei einem Leistungskredit, der derart gut ist, geschmürzelt. Dies erschliesst sich ihm nicht. Das Argument, die Preise zu erhöhen, sieht er nicht. Das Mokka öffnet sich insbesondere für die Jungen und es wird ja bereits eine Inflation mit steigenden Preisen überall beklagt. Das Argument, die Musikvereine würden zu wenig unterstützt, sieht er nicht. Dafür gibt es eine SAKO, die die Verteilung genau prüft. Dies gilt es im Rahmen der Budget-Diskussion genauer zu berücksichtigen. Hier geht es um den Leistungsvertrag. Er fordert, dass diesem Leistungsvertrag zugestimmt und damit ein Zeichen gesetzt wird.

Kestenholz Reto, Grüne, nimmt Bezug auf die Aussage von Stadträtin Barbara Lehmann Rickli, wonach das Mokka gegenüber anderen Institutionen bevorzugt würde. Dazu verweist er auf die Stellungnahme der Kulturabteilung Thun, aus welcher ersichtlich ist, dass so viele Kulturschaffende und Leute hinter diesem Leistungsvertrag stehen und sich niemand übergangen fühlt. Er appelliert dazu, die Leistungsvertrag anzunehmen.

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, betont, dass die Parteilosen für das Mokka sind, betont aber, dass sie die Geschichte diesbezüglich nicht kennen, da sie noch nicht so lange im Rat dabei sind. Was sie aber erlebt haben ist, dass im letzten Frühling im Zusammenhang mit der Bewilligung eines Kredites für ein Schulhausprojekt gesagt wurde, dass beim nächsten Mal genauer geschaut wird, wo es Sparpotenzial gäbe. Da das vorliegende Geschäft bereits im Jahr 2019 thematisiert wurde, könnten sie eine Rückweisung akzeptieren, würden dann aber erwarten, dass der Vorstoss zurückgezogen wird.

Lehmann Rickli Barbara (FDP) betont, dass sie nicht gemeint hat, dass die Konzerte schlecht seien. Sie meinte, dass sich die Leute, die ein schmäleres Budget haben, sich nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Konzertbesuche konzentrieren sollen und so anstelle von Konzertbesuchen jedes Wochenende, nur ab und zu ein Konzert besuchen, dieses aber dann umso mehr geniessen. Zur Frage, mit welchem Betrag sie denn einverstanden wären, hält sie fest, dass sie dem Gemeinderat die Freiheit lassen möchten, nochmals genau zu prüfen, wieviel Sparpotenzial vorliegt.

Kropf Alice (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Stadträtin Barbara Lehmann Rickli. Sie findet es arrogant, wenn Stadträtin Barbara Lehmann Rickli, als privilegierte Person, den Menschen, die ein schmales Budget haben, vorschreibt, wie sie ihr Geld auszugeben haben. Die Leute, die ein tiefes Budget haben, wissen ganz genau, dass sie auf jeden Rappen schauen müssen. Auch bezüglich des Arguments, dass die Personen mit tiefem Einkommen anderweitig unterstützt werden, hält sie fest, dass die Gegenparteien dieses Kredites auch gegen diese anderen Unterstützungsformen sind.

Allemann Martin, **SP-Fraktion**, beantragt einen Sitzungsunterbruch von 10 Minuten bevor die Schlussabstimmung erfolgt.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch bedankt sich für die Auslegeordnung, die für ihren Geschmack leider nicht sehr hilfreich ist. Bei diesem Geschäft geht es ums Geld. Der Vertrag kann vom Stadtrat nicht abgelehnt werden, nur der Verpflichtungskredit kann abgelehnt werden. Ihr wird mangelndes politisches Gespür vorgeworfen. Mit dieser persönlichen Kritik kann sie umgehen. Nur schlecht kann sie aber damit umgehen, dass im Raum steht, dass der Gemeinderat seine Verantwortung nicht wahrgenommen habe. Der Gemeinderat hat seine Verantwortung sehr wohl wahrgenommen und hat nicht Parteipolitik gemacht. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit diesem Geschäft befasst. Sie hat gehört, dass die kantonale Unterstützung weggefallen sei. Das ist vor vier Jahren geschehen, als es diesen Wechsel in der Finanzierung gab. Es geht vorliegend lediglich um weniger Geld. Zur Richtigstellung im Zusammenhang mit den Musikvereinen betont sie, dass die Mittel für die Musikvereine zwar mal gekürzt wurden, dies aber nicht in den letzten Jahren. Seit 2006 sind die jährlich wiederkehrenden Beiträge unverändert. Es gab

also in den letzten Jahren keine Kürzungen. Seit diesem Jahr sind die Musikvereine auch nie mit dem Anliegen an den Stadtrat gelangt, diese Beträge zu erhöhen. Die Kulturförderung ist für alle Vereine und Kulturschaffende da. Die Kulturabteilung steht allen für Fragen, Anliegen und Beratungen zur Verfügung. Die Kulturförderung soll allen zugutekommen. Sie werden mit der Kulturabteilung einen Weg suchen, wie das Instrument der Kulturförderung besser genutzt werden kann. Einigung besteht darüber, dass das Mokka in Thun gebraucht wird und nicht wegzudenken ist. Trotzdem gibt es diese Rückweisung. Sie nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat diesem Verpflichtungskredit kritisch gegenübersteht und sich diesbezüglich Änderungen wünscht. Der Gemeinderat schreibt in seinem Stadtratsbericht, dass der Leistungsvertrag mit dem Mokka beim Einreichen des Vorstosses bereits ausgehandelt war. Der Gemeinderat will auf keinen Fall einen Scherbenhaufen. Das wäre ein Affront gegenüber dem Betrieb und allen daran beteiligten Personen. Aus diesem Grund ist ein «Nein» zum Verpflichtungskredit keine Option. Bei einer allfälligen Rückweisung werden neue Verhandlungen nötig, bei welchen es nicht nur die Stadt braucht. Der Gemeinderat wird selbstverständlich alles daransetzen, dass das Geschäft gelingt und der Betrieb des Mokka gesichert ist. Vorliegend gehe es um eine Investition in die Zukunft von Thun und in Thun als Stadt mit einem positiven Image, als attraktive Stadt mit einem vielfältigen Kultur-, Sport- und Freizeitangebot, als Stadt mit begeisterungsfähigen, offenen und kulturell interessierten und engagierten Menschen. Sie ruft nochmals zugunsten des Mokka auf - was wäre Thun, ohne das Mokka?

Der Rat genehmigt den Sitzungsunterbruch.

Es folgt ein Sitzungsunterbruch von fünf Minuten.

Allemann Martin, **SP-Fraktion**, gibt das Resultat der Besprechung während des Sitzungsunterbruchs bekannt. Er teilt mit, dass die Fraktion den Rückweisungsantrag nicht unterstützt. Gemäss Art. 36 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Stadtrates verlangen sie die Stimmabgabe unter Namensaufruf, was zehn Ratsmitglieder verlangen können.

Der Rat nimmt diesen Antrag auf Stimmabgabe unter Namensaufruf mit mehr als zehn Stimmen an.

Der Rat stimmt wie folgt über diesen Rückweisungsantrag von Stadträtin Barbara Lehmann Rickli ab:

Peter Aegerter	Ja
Martin Allemann	Nein
Natalie Althaus	Nein
Sandro Badertscher	Ja
Jonas Baumann-Fuchs	Nein
Mathias Berger	Ja
Thomas Bieri	Ja
Valentin Borter	Ja
Adrian Christen	Nein
Philipp Deriaz	Ja
Franziska Eggenberg	Ja
Marc Fritschi	Ja
Nicolas Glauser	Nein
Sonja Graf	Ja
Susanne Gygax	Nein
Thomas Hiltpold	Nein
Daniela Huber Notter	Ja
Manon Jaccard	Nein
Reto Kestenholz	Nein
Nicole Krenger	Nein
Alice Kropf	Nein
Thomas Lanz	Nein

Christoph Lauener	Ja
Barbara Lehmann Rickli	Ja
Manfred Locher	Ja
Michelle Marbach	Nein
Vanessa Meier	Ja
Marianna Oesch Bartlome	Nein
Alexandre Reymondin	Ja
Thomas Rosenberg	Nein
Claude Schlapbach	Ja
Leonardo Schlatter	Ja
Franz Schori	Nein
Nina Siegenthaler	Nein
Alois Studerus	Ja
Markus van Wijk	Ja
Cloe Weber	Nein
Simon Werren	Ja

Der Rat nimmt den Rückweisungsantrag mit 20:18 Stimmen an.

69. Dringliche Motion M 03/2023 betreffend Leistungsvertrag Mokka

SVP-Fraktion vom 11. Mai 2023; dringliche Beantwortung

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, entschuldigt sich für seinen emotionalen Gefühlsausbruch am Ende von Traktandum eins, Stadträtin Alice Kropf und ihrer Fraktion gegenüber. Im Zusammenhang mit dem neuen Geschäft erklärt er, dass die Fraktion nicht gegen das Mokka ist und sie entsprechend transparent sein wollen. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat, dass er die Neuverhandlungen nach dem hier zurückgewiesenen Geschäft nochmals aufnimmt. Der Gemeinderat hat eine Grössenordnung verlangt. Seiner Meinung nach gibt es gewisse Zahlen, an denen man sich orientieren könne. Sie vertrauen darauf, dass der Gemeinderat die Debatten aus den Jahren 2019 und 2023 ernst nimmt. Mit dieser Begründung ziehen sie die Motion zurück.

Der Stadtratspräsident erklärt eine Sitzungspause bis 19:40 Uhr.

Allemann Martin, **SP-Fraktion**, gibt im Namen der Fraktion eine Erklärung ab. Sie finden es nicht ehr- und redlich, dass sich die Gegner aus dem ersten Geschäft über das Mokka standhaft und auch nach mehrmaligem Auffordern weigerten, eine Grössenordnung für den Kredit anzugeben, anschliessend die dringliche Motion zurückziehen und dabei lediglich in einem Nebensatz erwähnen, in welcher Grössenordnung sie den Kredit erwarten, nämlich übers Ganze gesehen diesen auf null hinunterzufahren. Davor wurde aber geäussert, dass man das Mokka erhalten wolle und es für Thun wichtig sei. Er betont, dass die zurückgezogene Motion keine Rechtskraft mehr hat und auch vom Gemeinderat somit nicht mehr beigezogen werden kann. Dies hat auch zur Folge, dass in den nächsten Stadtratssitzungen nicht darauf zurückgegriffen werden könne.

Peter Aegerter (SVP) fühlt sich genötigt, eine Antwort auf die Aussage von Stadtrat Martin Allemann zu geben. Er wiederholt, dass sie lediglich die Motion zurückziehen, in welcher in etwa angegeben war, was die Grössenordnung des Kredits beispielsweise hätte sein können. Er betont, erwähnt zu haben, dass es nicht so sein muss.

70. Motion M 01/2023 betreffend Suppleant*innensystem für den Stadtrat

Manon Jaccard (SP), Michelle Marbach (Grüne), Thomas Lanz (Grüne), Nicole Krenger (GLP), Nicolas Glauser (GLP), Jonas Baumann (EVP), Fraktionen SP und Grüne vom 16. Februar 2023; Beantwortung

Lanz Thomas, **Fraktion Grüne**, als Sprecher der Präsidienkonferenz, sagt einige Worte zur Entstehung der Antwort auf diese Motion. Die Beantwortung kam an der Präsidienkonferenz an zwei Sitzungen zusammen. Als Grundlage der Diskussionen diente unter anderem die Stellungnahme des Gemeinderats. An der ersten Sitzung sind die Diskussionen zur Einsetzung und der Grösse der Spezialkommission, welche eine Grundforderung der Motion darstellt, kurz ausgefallen. Er erklärt, dass man sich schnell einig war, dass es eine 9-er Spezialkommission braucht, wie beispielsweise die SAKO BRK. In einem weiteren Punkt ging es darum, über die Stossrichtung und den Inhalt des Antwortentwurfs zu diskutieren. In der engagierten Diskussion wurde klar, dass nebst der Form der Spezialkommission nur bei der stossenden Situation des Mutterschutzes Einigkeit herrschte. Bei der Schlussabstimmung hat eine Mehrheit mit 5 : 3 Stimmen bei einer Enthaltung für die Annahme der Motion gestimmt. Er dankt dem Stadtschreiber Bruno Huwyler für seine Auflistung der Pro- und Contra-Argumente aus der Diskussion. In der zweiten Sitzung wurde der Antwortentwurf nochmals diskutiert und ein Änderungsantrag eingereicht. Zwischenzeitlich hat der Ständerat die Anpassung des Erwerbbersatzgeschäfts angenommen. Diese beinhaltet, dass die Mutterschaftsentschädigung bei einer Teilnahme an Sitzungen im Parlament nicht vorzeitig endet, weil dafür keine Vertretung vorgesehen ist. Die Anpassung des Erwerbbersatzgeschäfts wird als nächstes im Nationalrat behandelt. Die Entwicklung auf nationaler Ebene hat zu einem Haltungswechsel in der Präsidienkonferenz geführt. In einer erneuten Abstimmung wurde die Motion mit 5 : 4 Stimmen angenommen.

Der Stadtpräsident verweist auf die Stellungnahme des Gemeinderates. Er erklärt, dass der Gemeinderat hier relativ skeptisch ist, jedoch das Problem beim Mutterschaftsschutz anerkennt. Er kann nicht sagen, wie die Haltung vom Gemeinderat gewesen wäre, wenn er bei der Verfassung der Antwort gewusst hätte, was anschliessend auf eidgenössischer Ebene beschlossen wurde. Das war damals noch nicht bekannt.

Jaccard Manon, **SP-Fraktion**, hält fest, dass es aus einem demokratischen Verständnis zwingend ein Suppleant*innensystem braucht. Das Wahlergebnis kann nur angefochten werden, wenn die 40 Stühle im Stadtrat besetzt sind. Es hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass dies nicht immer der Fall ist. Mit der Motion möchten sie dieser Problematik ein Stück entgegenwirken. Wenn die Wahl in den Ständerat annimmt, entscheidet man sich auch dafür, in den kommenden vier Jahren regelmässig einmal monatlich einer SAKO-Sitzung und einer Stadtratssitzung teilzunehmen. Allerdings kann nicht immer alles so weit im Voraus geplant werden. Dabei denkt sie an Krankheiten, die Geburt eines Kindes oder auch Unfälle, die einen längeren Ausfall zur Folge haben. Hier soll das Suppleant*innensystem eingreifen und für die Dauer des Ausfalls eine Stellvertretung bereithalten. Den Schreibern der Motion ist klar, dass es nicht bei jedem kleineren Ausfall eine Stellvertretung geben kann. Eine Spezialkommission soll entscheiden, was genau in dem Artikel festgehalten werden soll und ob es ausser der Geburt eines Kindes, Unfall und Krankheit, noch weitere Fälle gibt, bei dem das Stellvertretungssystem greifen soll. Weiter soll diese Spezialkommission entscheiden, wie lange die Dauer der Vertretung sein soll. Als Beispiel für die Dauer haben die Vorstösser drei bis neun Monate vorgeschlagen. Weiter soll diese Spezialkommission entscheiden, wer die Suppleant*innen sein können. Dies wurde absichtlich offengelassen, damit ein Artikel entsteht, zu dem überparteilich alle stehen können. Sie geht davon aus, dass viele in der folgenden Diskussion äussern werden, dass es das Suppleant*innensystem nicht braucht, da der Bund bereits eine Lösung vorgeschlagen hat. Sie fragt sich, wie diese Lösung genau aussehen soll. Der Bund sagt lediglich, dass die Mutterschaftsentschädigung nicht entfällt, auch wenn eine Mutter im Mutterschaftsurlaub an eine Sitzung geht. Weiter beinhaltet die Bundeslösung die Vorschrift, dass eine Mutter bei Eintritt des Suppleant*innensystems nicht selber an eine Sitzung gehen dürfte und sich zwingend vertreten lassen müsste, ansonsten sie die Mutterschaftsentschädigung verlieren würde. Sie ist der Meinung, dass diese Lösung einzig den Müttern verbietet, selber zu entscheiden. Geht die Mutter einer bezahlten Tätigkeit nach, muss sie an die Sitzung gehen, unabhängig davon, wie sie sich fühlt, weil ihre Stimme sonst fehlt.

Gibt es jedoch ein Stellvertretungssystem, so darf sie nicht gehen, weil sie sonst die Mutterschaftsentschädigung verliert. Die Lösung des Bundes verwehrt nicht nur die Entscheidungskraft der Frauen verwehrt und macht schlussendlich den Mutterschaftsschutz kaputt. Sie plädiert dafür, dass in Thun ein Stellvertretungssystem zustande kommt, mit dem einerseits die demokratisch Gewählten besser ausgebildet werden können und andererseits Menschen, die sich gerne in der Politik einsetzen, sich nicht gestützt auf nichtplanbare Ereignisse aus der Politik verabschieden müssen.

Studerus Alois, **Fraktion FDP/Die Mitte**, betont, dass die Präsidienkonferenz lange darüber diskutiert hat, ob es die Einführung eines Suppleant*innensystems braucht oder nicht. Das wesentliche und nachvollziehbare Anliegen ist die Stellvertretung für die lange Abwesenheit bei Mutterschaft. Er weist darauf hin, dass dieses Problem grundsätzlich gelöst wird, auch wenn es noch dauert, bis die Beschlüsse bekannt sind. Er weist darauf hin, dass das Parlament elf Mal jährlich tagt und äussert, dass es bei bestehenden Suppleant*innensystemen darum gehe, anderes abzudecken. Als Beispiel nennt er grössere Distanzen und Sessions-Wochen. Er findet es vertretbar, einer monatlichen Sitzung ausnahmsweise fernzubleiben. Die Fraktion lehnt eine Zusammensetzung, die nicht beständig ist, ab. Sie fänden, dass die Einführung eines solchen Systems einen zusätzlichen Aufwand und keinen Vorteil zur Folge hätte. Deshalb lehnt die Fraktion die Motion einstimmig ab.

Baumann Jonas, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erklärt, dass sich mit der Information, dass der Bund bezüglich der Mutterschaftsthematik eine Lösung anstrebt, für einige aus der Fraktion das Problem mit der Motion erledigt hat. Für andere gilt das nicht. Dies, weil die Lösung des Bundes noch nicht steht und andere Elemente, wie die beruflichen und gesundheitlichen Abwesenheiten, nicht gelöst sind. Die Regeln in diesem Themenfeld könnten auch im Stadtrat, gerade bezüglich Fluktuationsrate, einen positiven Effekt haben. Die Fluktuationsrate ist nach wie vor hoch, was allenfalls auch damit zu tun hat. Dies könnte somit auch dazu führen, dass die Stadtratsmitglieder nicht vorzeitig zurücktreten müssen. Weiter gibt es potentiellen Nachfolger und Nachfolgerinnen die Chance, einen Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten. Er findet, die genannte Last könnte auch als Lust angeschaut werden. Die Suppleant*innen würden sehen, wie dieser Betrieb funktioniert und könnten sich politisch noch mehr in diese Rolle hineindenken. Seiner Meinung nach erscheint der Aufwand diesbezüglich nicht übermässig zu sein. Es lohnt sich, die politischen Gegebenheiten abzubilden. Die Motion erscheint der Fraktion klar und zielführend. Sie plädieren dafür, dass man sich für den Prozess zusammensetzt, damit eine politische Mehrheitsfindung stattfinden kann.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass die Fraktion der Ansicht ist, dass die Frage der Mutterschaft geklärt werden muss. Dies geschieht nun auf nationaler Ebene, wenn auch die Umsetzung nicht sofort erfolgt. Eine heutige Annahme dieser Motion würde ebenfalls keine sofortige Umsetzung zur Folge haben. Sie sind dafür, nicht unnötige Kosten zu generieren und lehnen die Motion deshalb einstimmig ab.

Marbach Michelle, **Fraktion Grüne**, ist der Meinung, dass sie teilweise falsch verstanden worden sind. Sie betont, dass die Mutterschaft ein zweifelsfrei ein wichtiges Thema ist und ein wichtiger Beweggrund dafür, dass diese Motion zustande gekommen ist. Zwei der Verfasserinnen der Motion waren in den letzten paar Jahren direkt davon betroffen. Sie erinnert an die Abstimmung «Spez.-Sek», bei der sie mit ihrem Kind kam, obwohl sie noch gar nicht hätte kommen dürfen. Da sie wegen dem schreienden Kind die Sitzung vorzeitig verlassen musste, fiel die Abstimmung nicht zu ihren Gunsten aus. Dass sich alle über das Vorliegen dieser Problematik einig sind, schätzt sie. Jedoch weist sie darauf hin, dass es viele andere Gründe gibt, weshalb es dringend eine Überarbeitung dieser Regelung braucht. Sie geht davon aus, dass alle schon mal einer Sitzung fernbleiben mussten, sei es aus psychischer oder physischer Krankheit. Es ist nicht vorgesehen, dass es bei einer einwöchigen Krankheit bereits eine Stellvertretung braucht. Deshalb haben sie festgehalten, dass die Stellvertretung bei Ausfällen zwischen drei und neun Monaten in Kraft tritt. Geht es um mehr als neun Monate, so müsste geschaut werden, dass jemand nachfolgen kann. Sie hat die Befürchtungen zur Kenntnis genommen, dass eine Kontinuität im Rat und

der Zusammenhalt im Rat angezweifelt wird. Sie ist damit einverstanden, hält aber fest, dass die Fluktuation mit dem bestehenden System auch sehr hoch ist. Dies sicher auch, weil keine solche Stellvertretungs-Lösung vorhanden ist. Vertreten würden jene Leute, die auf der Liste stehen. Es sind somit Leute, die sich bereits zur Politik bekundet haben. Sie wertet es positiv, wenn Suppleant*innen mit diesem System Erfahrungen sammeln könnten. Sie plädiert dafür, dass die Vereinbarung von Familie und Beruf zwingend auch auf die Politik ausgeweitet wird und der politische Betrieb den heutigen Gegebenheiten angepasst wird. Die Angst, dass die Bedeutung des Rates geschmälert werde, ist unbegründet. Auch sieht sie keinen Mehraufwand mit dem System, sondern nur einen Gewinn. Das System bietet die Möglichkeit, bei einem Ausfall die Kontinuität vom Abstimmungsverhältnis zu gewährleisten. Sie hält fest, dass die meisten im Rat über eine Liste gewählt sind und die Werte nach Partei und nicht nach Person vertreten werden. Sie findet es wichtig, dass der Rat in diesen Verhältnissen zusammenfindet und abstimmt. Sie bittet die Ratsmitglieder, die Argumente gegen die Motion nochmals zu überdenken und die Motion anzunehmen.

Marbach Michelle, **Fraktion Grüne**, beantragt einen Sitzungsunterbruch von fünf Minuten:

Lanz Thomas, **Fraktion Grüne**, beantragt ebenfalls einen Sitzungsunterbruch, damit sich die Urheberschaft nochmals absprechen kann.

Der Rat genehmigt den Sitzungsunterbruch.

Es folgt ein Sitzungsunterbruch von fünf Minuten.

Lanz Thomas, **Fraktion Grüne**, bekundet die Idee, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dies mit der Absicht, dass das Postulat dadurch von einem noch zu bestimmenden Gremium geprüft werden könnte. Aufgrund der erhaltenen Rückmeldungen und Mehrheitsverhältnisse verzichten sie aber nun auf eine Umwandlung in ein Postulat.

Aegerter Peter (SVP), äussert, dass es sich um einen Antrag der Präsidienkonferenz handelt. Er glaubt, dass nicht einzelne Ratsmitglieder beantragen können, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Der Rat lehnt die Motion bei 19 : 19 Stimmen mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten ab.

71. **Motion M 02/2023 betreffend Senkung des Steuerfusses von bisher 1.72 auf 1.62**

Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte, SVP-Fraktion vom 11. Mai 2023; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron begründet kurz, warum der Gemeinderat die Annahme als Postulat und nicht als Motion beantragt. Es handelt sich vorliegend um eine Frage der Kompetenzen und Zuständigkeiten. Die Stadtverfassung regelt, dass der Gemeinderat für den Finanzhaushalt verantwortlich ist und dem Stadtrat ein Budget vorlegt. Der Stadtrat hat die Kompetenzen, dieses Budget zu genehmigen oder entsprechende Anträge zu stellen. Sie betont, dass der Gemeinderat eine umsichtige Finanzpolitik anstrebt. Dank einer solchen ist man heute in der Situation, dass eine Steuersenkung überhaupt in Betracht gezogen werden kann. Ein entscheidender Grund der Urheber, dieses Geschäft als Motion durchzubringen, war, eine Verbindlichkeit zu schaffen. Sie unterstreicht, dass es dem Gemeinderat wichtig ist, verbindlich zu sein. Bereits an der Medienmitteilung vom 25. April 2023 beim Kommunizieren der Rechnungslegung hat der Gemeinderat geschrieben, dass er im Rahmen der Legislaturziele Überlegungen anstreben, inwieweit man die Rahmenbedingungen verbessern und Fortschritte in der Steuerattraktivität machen kann. Am 25. Mai 2023 wurde bei der Verkündung der Legislaturziele bekannt gegeben, dass sie ein klares Ziel haben, nämlich die Steueranlage zu senken. Sie findet, die Verbindlichkeit wird dadurch

gut zum Ausdruck gebracht. Der Gemeinderat will nicht, dass heute entschieden wird, dass der Steuersatz um einen Zentel gesenkt wird. Dieser Entscheid fänden sie unseriös. Sie weist darauf hin, dass ein Budget in die Zukunft gerichtet ist. Durch die heutige Annahme dieser Motion würde der Budgetprozess vorverschoben, so dass die nötige Volksabstimmung möglich wird. Sie können besser planen, je genauer sie die Zahlen resp. den Rechnungsabschluss 2023 kennen. Der Gemeinderat hat viele Aufgaben aus den Legislaturzielen und auch aus dem Stadtrat zu stemmen. Sie werden zu gegebenem Zeitpunkt schauen, wann die Steuersenkung zu verantworten ist. Sie will keinesfalls die Steuern jetzt senken und sie in kurzer Zeit wieder erheben müssen. Ein Auf und Ab wäre nicht die Finanzpolitik, für die der Gemeinderat einsteht. Sie bittet, dies so zu unterstützen.

Markus van Wijk (FDP) äussert, dass sie mit der Beantwortung vom Gemeinderat teilweise zufrieden sind. Der Gemeinderat argumentiert, dass das Budget und die Steueranlage zwingend eine Einheit bilden. Er findet das richtig und ergänzt, dass es auch der Gemeinderat ist, der das Budget festlegt und somit diese Variable steuert. Es ist eine Frage der Redlichkeit, diesen Punkt genau zu antizipieren und Faktoren wie beispielsweise die Pandemie miteinzubeziehen. Er findet aber, dass der erwähnte Faktor der Einheit nicht der einzige zu berücksichtigende politische Bewertungspunkt ist, wenn man von einer Senkung des Steuerfusses spricht. Zu berücksichtigen ist auch, die Standortattraktivität im Verhältnis zur Höhe des Steuerfusses und die hohe steuerliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der KMU's. Auch findet er, dass der Vergleich mit dem Steuerfuss von anderen vergleichbaren Gemeinden zwingend berücksichtigt werden muss und verweist darauf, dass sich der Gemeinderat im Legislaturziel Nr. 3 für eine Steuersenkung ausgesprochen hat. Die FDP vertraut auf diese Intention des Gemeinderates, wird die Umsetzung jedoch mit strengem Blick verfolgen. Die Motionäre sind bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, hält im Namen der Fraktion fest, dass sie die Ausführungen des Motionärs richtig finden und keine Ergänzungen haben.

Schori Franz, **SP-Fraktion**, wiederholt, dass vor der Pause über ein Geschäft diskutiert wurde, bei dem man sich über ein paar 10'000 Franken gestritten hat. Er bedauert den Entscheid der Ratsmehrheit, dass mit diesem Geschäft nun ein paar 10'000 Franken gespart werden konnten und weist darauf hin, dass es bei dem vorliegenden Vorstoss um über 7 Mio. Franken geht, welche der Stadtkasse jährlich fehlen würden. Dies bei einer Fremdfinanzierung oder Verschuldung von 90 Mio. Franken. Zwar geschieht dies bei einem aktuellen tiefen Zinsniveau von 1.1 Prozent, jedoch wissen alle, dass die Zinsen wieder steigen werden. Er plädiert dafür, dass zuerst die Schulden bezahlt und erst dann auf Einnahmen verzichtet werden soll. Es wurde von der Standortattraktivität gesprochen, zu welcher viele Faktoren gehören, so beispielsweise auch die Kultur. Er erinnert daran, dass in der Stadt Thun Wohnungsnot herrscht und fragt sich, warum die Attraktivität der Stadt weiter erhöht werden soll, wenn keine freien Wohnungen vorhanden sind. Das kann dazu führen, dass jene aus der Stadt vertrieben werden, die ein kleines Einkommen haben und die hohen Mieten nicht mehr bezahlen können. Oder auch jene, die finanziell besser dastehen und sich eine Liegenschaft oder Wohneigentum kaufen wollen. Der Kanton Zug beispielsweise hat sehr tiefe Steuern, dafür sehr hohe Liegenschaftskosten und Mieten. Eine solche Anpassung geht also nicht nur in die gewünschte Richtung. Die Stadt Thun hat sportliche Legislaturziele. Die SP-Fraktion hat die Legislaturziele, mit Ausnahme der Steuersenkung, unterstützt. Zu den sportlichen Legislaturzielen gehört auch die Sanierung der Eissportanlagen, die teurer wird, als ursprünglich vermutet. Weiter gilt es die Neugestaltung des Viehschauplatzes, Schulhaussanierungen, Fuss- und Velowegverbindungen, Massnahmen zur Klimastrategie, Bodenentsiegelungen und Begrünungen zu finanzieren. Die grosse Herausforderung für unsere Stadt ist der Klimawandel, der die Stadt noch viel kosten wird. Will die Klimastrategie in Richtung netto null ernsthaft umgesetzt werden, so wird das kosten. Will die Stadt dem Klima angepasst werden, mit all den wichtigen Massnahmen, um den Planeten und die Menschheit zu sichern, wird es vermutlich nicht genügen. Das Stadtklima muss angepasst werden und das kostet. Schliesslich weist er auf die Wirkung einer Steuersenkung hin. Eine alleinerziehende Mutter mit jährlich steuerbarem Einkommen von 20'000 Franken spart lediglich 80 Franken pro Jahr. Der berühmte Ein-

kommensmillionär hingegen, spart mehr als 6'000 Franken im Jahr. Soll etwas für die Thuner und Thunerinnen gemacht werden, ist die Steuersenkung der falsche Weg. Sie sehen den Weg über vergünstigte Angebote bei den Sportstätten und bei kulturellen Angeboten sowie beim öffentlichen Verkehr. Dies könnte ein Auftrag an das Stadtmarketing sein, sich diesbezügliche Überlegungen zu machen. Es würde der alleinerziehenden Mutter mehr dienen, wenn sie mit ihren Kindern vergünstigt Bus fahren, in den Strämu, ins Kunst- oder Schlossmuseum gehen könnte, als diese 80 Franken Steuereinsparungen. Die Fraktion lehnt den Vorstoss aus diesen Gründen ab.

Borter Valentin, **SVP-Fraktion**, betont, dass es an der Zeit ist, die Thuner und Thunerinnen zu entlasten. Inhaltlich schießt er sich Stadtrat Markus van Wijk an. Er möchte lediglich einen weiteren Punkt erwähnen. Die Stadt Thun steht momentan gut da. Mit den vorhandenen Reserven können auch die zukünftigen Investitionen finanziert werden. Sie finden eine Steuersenkung alternativlos, vertrauen aber dem Gemeinderat. Es wurde in dem Vorstoss absichtlich nie ein Datum notiert und sie wären mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Auch wurde auf eine Dringlichkeit verzichtet. Er hofft nun auf einen substanzialen Vorschlag.

Lanz Thomas, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme. Seine Begründung zur Motionsfähigkeit ist für die Fraktion schlüssig. Es verwundert nicht, dass die Motion inhaltlich beim Gemeinderat in Anbetracht der verabschiedeten Legislaturziele auf offene Ohren stösst. Er zeigt sich erfreut darüber, dass der Gemeinderat das Wunschenken der Motionäre, den Steuersatz ohne Analysen um einen Zentel zu senken, nicht teilt. Die Fraktion ist sich mit dem Gemeinderat einig, dass es für diesen Entscheid mit einer solch grossen Tragweite umfassende Analysen und eine finanzpolitische Gesamtbetrachtung braucht. Er zitiert aus der Antwort des Gemeinderats «(...) im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik.». «Nachhaltig» bedeutet, auch die Dimensionen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu beachten. Sozial gesehen führt eine Steuersenkung zu mehr Ungleichheit, da nur die Einkommensstarken Menschen davon profitieren. Sie finden, dass wenn stattdessen andere Angebote, wie bereits gehört, gefördert werden, könnten auch die ärmeren Menschen stärker davon profitieren. Öffentliche Infrastrukturen kommen allen Menschen gleichermaßen zugute. Sie fordern zuerst eine generelle Überprüfung der Leistungen, die die Stadt zu erbringen hat und das Ergreifen von geeigneten Massnahmen, um den Service Public zu stärken. Die Fraktion ist nur ohne Aufgabenverzicht bereit, über eine Steuersenkung zu diskutieren. Neben dem Service Public braucht es dringende Investitionen in den Klimaschutz. Dies sehen auch mehr als 60 Prozent der Bevölkerung so, die dem Klimaschutzgesetz und den milliardenhohen Investitionen vom Bund zugestimmt haben. Es ist weit weg von einem finanziell nachhaltigen Denken, wenn in Thun die Mittel nun gekürzt werden. Er unterstreicht, dass auf die kommenden Generationen noch viel höhere Kosten zukommen werden, wenn die Ressourcen zur Bewältigung der Klimakrise jetzt nicht eingesetzt werden. Die Stadt Thun muss ihren finanziellen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dies umso mehr, wenn es die aktuelle Finanzsituation zulässt. Er weist darauf hin, dass es nicht nur für den Klimaschutz finanzielle Mittel braucht, sondern auch für die grossen Bauprojekte wie Schul- und Sportanlagen. Am Beispiel der geplanten Sanierung vom Grabengut wurde exemplarisch gesehen, dass die Projektbudgets überzogen werden und zusätzliche Mittel gebraucht werden. Er weist darauf hin, dass die Finanzierung des Förderfonds Energieeffizienz nicht langfristig gesichert ist. Je nach Urteil braucht es auch dort noch dringend benötigte Investitionen. Die Fraktion schliesst eine Steuersenkung aber nicht prinzipiell aus. Aufgrund der gemeindespezifischen Unterschiede findet er einen Vergleich mit anderen Gemeinden nicht zulässig. Er ist der Meinung, dass ein Steuerwettbewerb aufgrund der negativen Auswirkungen generell zu hinterfragen ist und findet die längerfristige Machbarkeit einer Steuersenkung muss anhand des Aufgaben- und Finanzplans geprüft werden. Die Fraktion wird sich bei der Abstimmung zur Annahme grossmehrheitlich enthalten.

Krenger Nicole, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erklärt, dass die Fraktion dem Postulat zustimmen wird. Sie ergänzt, dass die Zustimmung unter der Berücksichtigung erfolgt, dass das Postulat als Prüfauftrag verstanden wird. Sie finden, über eine Steuersenkung darf durchaus nachgedacht werden, wenn gute Abschlüsse und Ergebnisse vorliegen. Sie wählt bewusst die Mehrzahl, denn Sie fände es mutig, sich nur

auf einen Abschluss zu verlassen. Bei der letzten Rechnung könne man hinterfragen, ob diese wirklich so positiv war, wie es allgemein wahrgenommen wird, denn es auch Verfälschungen aus früheren Jahren gibt. Sie weist darauf hin, dass es eine Investitionslücke gibt. Heisst, es wurde nicht so viel ausgegeben, wie geplant war und man sich nun im Rückstand befindet. Die Fraktion will sich aber einer Steuersenkung nicht komplett verschliessen. Es gilt mit viel Fingerspitzengefühl zu beurteilen, was wo wirklich drin liegt und wo es noch Spielraum oder Reserven braucht, so dass das Vorgenommene gestemmt werden kann. Ausserdem muss auch etwas Aussergewöhnliches bewerkstelligt werden können. Sie bestätigt, dass der Klimaschutz eine Aufgabe ist und Kosten mit sich bringen wird. Hier wäre der erste wichtige Schritt, Massnahmen, die umgesetzt werden können, zu budgetieren. Auf Vorrat für den Klimaschutz etwas zu reservieren, wenn noch gar nicht klar ist, was genau umgesetzt werden soll, fände sie nicht korrekt. Die Fraktion verschliesst sich nicht, plädiert aber für das richtige Augenmass.

Gemeinderätin Andrea de Meuron Andrea dankt für das Vertrauen und die Bereitschaft, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Sie bestätigt die genannten Ängste und Aussagen, dass einkommensschwächere Menschen nicht davon profitieren können. Sie ist froh, dass in der Stadt die Möglichkeit besteht, über die Kulturlegi und blaue Karte vergünstigten Zutritte zu vielen Aktivitäten zu erhalten. Der Stadtrat ist frei, weitere Möglichkeiten zu fordern, wenn die bestehenden Angebote nicht ausreichen. Sie ist nicht der Meinung, dass die Stadt Thun mit der Finanzierung im Vergleich zum Kanton hinterherhinkt und betont, dass andere Gemeinden nach Thun schauen. Es bringt nichts, einen Gewinn zu erzielen, der in eine finanzpolitische Reserve eingelegt werden muss. Sie haben ein gutes Instrument, um die vielen Investitionen und Sanierungen zu stemmen. Diese sind im Aufgaben- und Finanzplan enthalten. Zur genannten Schuldensituation hält sie fest, dass in Thun im Vergleich zu allen anderen grossen Städten pro Einwohnende ein Nettovermögen und keine Nettoschuld besteht, was eine stabile Ausgangssituation widerspiegelt. Die genannte Befürchtung des Klimaschutzes weist sie ab. Der Gemeinderat hat die Klimastrategie sowie einen Aktionsplan mit konkreten Massnahmen und Kosten verabschiedet. Sie wissen genau, was diesbezüglich gemacht werden soll und diese Massnahmen werden entsprechend budgetiert. Sie persönlich steht hinter dieser Absicht des Gemeinderats. Abschliessend äussert sie zum Thema «viel oder wenig Geld zu haben», dass es eine Frage der Priorisierung ist, wie das Geld ausgegeben wird und nicht eine Frage der Summe. Schlussendlich passiert das, das im Rat demokratisch diskutiert, ausgehandelt und beschlossen wird. Es geht nicht um ein persönliches Befinden.

Der Rat nimmt das Postulat mit 23 : 15 an.

72. Postulat P 04/2023 betreffend Anpassung Vorgaben für Mehrweggeschirr- und Pfandpflicht an die Gastgewerbeverordnung des Kantons Bern

Fraktion FDP/Die Mitte, SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 16. Februar 2023; Beantwortung

Gemeinderat Reto Schertenleib beginnt mit der Feststellung, dass es in Thun ein in der Praxis bewährtes System gibt. Der Gemeinderat versteht aber die Beweggründe für den Vorstoss, da der Kanton seinerseits Regelungen erlassen hat, die weniger weit greifen als jene in Thun. Der Gemeinderat erachtet die neue kantonale Lösung auch als für Thun vertretbar und zeigt sich bereit, bei Anlässen in Thun dieselben Rahmenbedingungen zu schaffen wie in einem Grossteil vom restlichen Kanton. Er findet, der Stadtrat hat nun die Möglichkeit, über zwei gute Lösungen zu entscheiden.

Deriaz Philipp, SVP-Fraktion, unterstützt den Antrag voll und ganz und ist froh über die Empfehlung des Gemeinderates. Sie finden eine regionale einheitliche Lösung sinnvoll, insbesondere für Gastronomen, Koordinatoren und Veranstalter. Einen Vergleich mit Biel oder Bern erachtet er als nicht sinnvoll. Er bevorzugt einen Vergleich mit Steffisburg und den weiteren umliegenden Regionen, so dass überall vom gleichen gesprochen wird. Im kantonalen Vorschlag steht, dass bei Sportveranstaltungen biobasierte Einwegbecher bis 2dl wieder erlaubt wären. Dieses Problem hatten sie aktuell beim Thuner Stadtlauf, wo ein Sponsor im Ziel gerne solche Becher abgegeben hätte, die dann umgehend auch wieder einge-

sammelt werden würden. Solches wäre dadurch wieder möglich. Die Fraktion unterstützt auch alles andere aus dem kantonalen Gesetz. Er weist darauf hin, dass das Mehrweggeschirr massiv Abfall- und Reinigungskosten spart. Sie würden eine Angleichung an das kantonale Gesetz begrüßen.

Werren Simon, **Fraktion FDP/Die Mitte**, betont, dass mit dem Postulat erreicht werden soll, dass die kantonalen Vorschriften auch in Thun angewendet werden und das Abfallreglement entsprechend angepasst wird. Das bedeutet, dass die Vorgaben aus dem bestehenden Abfallreglement nicht mehr den kantonalen Vorgaben entsprechen. Sie finden dies unschön und sind der Meinung, dass dies korrigiert werden muss. Der Gemeinderat hat aufgeführt, wie die Sachlage ist und ist bereit, für Veranstaltungen in Thun dieselben Rahmenbedingungen zu schaffen, wie in einem grossen Teil des übrigen Kantons. Sie sind der Meinung, dass bei Veranstaltungen von weniger als 1'000 Personen praktikabel auf Mehrweggeschirr gesetzt werden kann. Für solche Veranstaltungen ist das sinnvoll und wirtschaftlich. Dies soll aber ein «Kann» und kein «Muss» sein. Im Bericht des AWA ist gut erklärt, warum die Verhältnismässigkeiten erst ab Veranstaltungen ab 1'000 Personen greifen. Die Fraktion ist mit der Antwort zufrieden und wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Eggenberg Franziska, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, sagt, dass sich gezeigt hat, dass sich in Thun die Regelung mit dem Mehrweggeschirr und Pfand in den letzten Jahren bewährt hat. Die Veranstalter haben sich daran gewöhnt. Sie findet es sehr erfreulich, dass der Abfall- und Reinigungsaufwand abgenommen hat. Grossmehrheitlich äussert die Fraktion Bedenken, dass die Lockerungen ausgenutzt werden könnten, indem der Artikel 8 ganz gestrichen wird. Sie werden das Postulat grossmehrheitlich annehmen. Als Ergänzung weist sie darauf hin, dass sich auf dem Merkblatt auf der Website des Tiefbauamts, datiert mit 1. August 2022, keine Zahlen über die Grösse der Veranstaltungen finden lassen, falls ein Veranstalter einen Leitfaden mit Kriterien sucht.

Weber Cloe, **Fraktion Grüne**, gibt die Haltung der Fraktion wieder. Für sie stellt das vorliegende Postulat eine Verschlechterung der aktuellen Situation dar. Die aktuellen Mehrweggeschirrvorgaben haben sich in der Stadt Thun und bei den Veranstaltern bewährt. Sie finden es inakzeptabel, die Vorschriften zu lockern, ohne für Veranstaltungen konkrete Anforderungen in Bezug auf die Abfallreduktion oder Recycling zu stellen. Sie weist darauf hin, dass andere Städte konkrete Kriterien bezüglich Nachhaltigkeit haben, die an Events eingehalten werden müssen. In Thun wird einzig auf die Eigenverantwortung der Veranstalterinnen und Veranstalter appelliert. In der Schweiz gibt es längst nicht mehr nur ein Monopol, sondern zahlreiche Anbieter von Mehrweggeschirr. Es gibt sogar in der Region mehrere Anbieter, die Events mit Mehrweggeschirr beliefern können. Dadurch können Transportwege kurzgehalten werden und die Ökobilanz von Mehrweggeschirr ist in jedem Fall besser als Einweggeschirr. Dies gilt auch bei kleineren Veranstaltungen von beispielsweise 2'000 Gästen. Die kantonale Vorschrift mit der Grenze von 1'000 Teilnehmern macht nur in den Gemeinden Sinn, die aktuell noch keine eigenen Vorschriften bezüglich Mehrwegpflicht für Veranstaltungen kennen. Aus ihrer Sicht macht es keinen Sinn, ein bewährtes System zu lockern, nur um noch mehr Abfallberge zu verursachen. Die Fraktion lehnt den vorliegenden Vorstoss ab.

Christen Adrian, **SP-Fraktion**, ist überzeugt, dass die meisten Anwesenden Abfall getrennt sammeln. Bei Grossveranstaltungen von mehr als 1'000 Personen, somit 20-mal als hier vor Ort sind, ergibt das ein x-faches mehr an Abfall von dem, was jeder Einzelne bei sich zuhause sammeln kann. Er unterstreicht, dass auch bei Anlässen mit weniger als 500 Personen vorbildlich vorausgegangen werden kann. Für von ihm organisierten Anlässe bezieht er Mehrweggeschirr beispielsweise von TRANSfair, dies auch bei Anlässen ab 50 Personen. TRANSfair bringt das Geschirr und holt das schmutzige Geschirr und man hat keinen Abfall. Die Fraktion findet es falsch, ein bestehendes gutes Reglement zu verschlechtern und Mehrweggeschirr erst für Anlässe ab 1'000 Personen zu verpflichten. Die Fraktion sieht keinen Sinn darin, das gute Reglement aufzuweichen und lehnt das Postulat ab.

Gemeinderat Reto Schertenleib findet, dass die neue Regelung nicht zwingend zu einer Verschlechterung führen würde, auch wenn die kantonale Regelung weniger weit geht als die bestehende Regelung in Thun. Es geht um eine gewisse Liberalisierung. Es bleibt allen Veranstaltern freigestellt, weiterhin die strengeren Vorschriften durchzusetzen und Mehrweggeschirr zu verwenden, was der Gemeinderat auch empfiehlt. Sie streben eine regionale Vereinheitlichung als Vereinfachung für die Veranstalter an. Dies schliesst nicht aus, dass jeder Veranstalter / jede Veranstalterin selber Regeln erlässt. Er weist darauf hin, dass sich im Falle vom Eintritt der befürchteten Abfallbergen der Stadtrat kollektiv die Möglichkeit hat, wieder einzugreifen und neue Regelungen einzuführen. Er macht beliebt, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Der Rat nimmt das Postulat bei 19 : 19 Stimmen mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten an und schreibt es mit 37 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

73. Interpellation I 01/2023 betreffend Sportstättenbauten in Thun

Peter Aegerter (SVP), SVP-Fraktion vom 16. Februar 2023; Beantwortung

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, betont, dass er mit der Antwort zufrieden ist und keine Diskussion wünscht.

Mitteilungen

Der Stadtschreiber erklärt, dass die nächste Sitzung vom 24. August 2023 mangels Traktanden ausfällt. Zwei Vorstösse, die bereits sind, können auf den September verschoben werden. Die nächste Stadtrats-sitzung findet somit erst am 21. September 2023 statt. Die gemeinsame SAKO-Sitzung vom 15. August 2023 findet hingegen wie geplant statt.

Der Stadtratspräsident informiert, dass die nächste Stadtratssitzung vom 21. September 2023 wieder mit Christoph Stalder stattfinden wird. Er wünscht allen schöne und unfallfreie Sommermonate und freut sich, alle wieder zu sehen.

Eingänge

- Postulat P 11/2023 betreffend Förderung Frauensport; Alice Kropf (SP), SP-Fraktion, Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU, Sandro Badertscher (Parteilos)
- Interpellation I 06/2023 bezüglich Transparenz bei der Vergabe von externen Aufträgen der Stadtverwaltung Thun bei Projekten (Drittaufträge); Markus van Wijk (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte, Valentin Borter (SVP)

Der Stadtratspräsident

Manfred Locher

Der Stadtratssekretär

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller